Pressespiegel

Ausgabe: 24.01.2017

Niederrhein DGB

Höherer Mindestlohn in der Gebäudereinigung ab Januar

Gute Aussichten für heimische Reinigungskräfte: Ab sofort verdienen Gebäudereinigerinnen mindestens zehn Euro pro Stunde, so die IG BAU. Mitarbeiter in der Außenreinigung kommen jetzt auf einen Mindest-Stundenlohn von 13,25 Euro.

11240 Reinigungskräfte in Duisburg und am Niederrhein knacken 10-Euro-Marke

10-Euro-Grenze geknackt: Alle knapp 11240 Reinigungskräfte in Duisburg und am Niederrhein verdienen erstmals zweistellig. Ab diesem Monat steigt der tarifliche Mindestlohn in der Gebäudereinigung auf genau zehn Euro pro Stunde – 20 Cent mehr als bisher. Glas und Fassadenreiniger gehen mit mindestens 13,25 Euro nach Hause. Das teilt die IG Bauen-Agrar-Umwelt mit.

Die IG BAU Duisburg-Niederrhein spricht von einem „überfälligen Schritt“: „Die Zehn vor dem Komma steht dafür, dass die harte Arbeit in der Reinigung endlich stärker wertgeschätzt wird“, betont Bezirkschef Friedhelm Bierkant. Dabei müssen sich alle Firmen an die neue Untergrenze halten. Die Gebäudereiniger-Gewerkschaft hatte sich seit Jahren für die 10-Euro-Marke stark gemacht und diese in der letzten Tarifrunde durchgesetzt.

„Jetzt sollten die Beschäftigten prüfen, ob mit der ersten Lohnabrechnung im neuen Jahr auch wirklich mehr Geld auf dem Konto ist“, rät Bierkant. Wer beim Lohn-Plus leer ausgehe oder Fragen zum neuen Tarifvertrag habe, solle sich an das IG BAU Büro in Duisburg (Telefon: 02 03 – 298 87 – 0) wenden.

Lokalkompass

IG BAU fordert Abbau von Investitionsstau

Frankfurt am Main, 23.01.2017
Die Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) fordert Bund und Länder auf, die bestehenden finanziellen Spielräume für den Abbau des Investitionsstaus zu verwenden. „Die Überschüsse der Länder und des Bundes müssen den Menschen zugutekommen. Es nützt nichts, alte Kredite abzuzahlen und der jungen Generation Milliardenlasten in Form von verrotteten Straßen und Brücken zu hinterlassen“, sagte der IG BAU-Bundesvorsitzende Robert Feiger.

„Die Verkehrsinfrastruktur ist das Rückgrat unserer Wirtschaft. Nur wenn sie funktioniert, können Güter transportiert werden, erreichen die Menschen ihren Arbeitsplatz und können ihren Alltag organisieren.“

Nach Medienberichten erzielten die Länder im vergangenen Jahr einen Überschuss in Höhe von 8,5 Milliarden Euro. Der Bund hat 2016 einen Überschuss von 6,2 Milliarden Euro erwirtschaftet. Diese Summen sollen nun in den Abbau von Krediten fließen. Gleichzeitig ist allein bei den öffentlichen Verkehrswegen ein Sanierungsstau in Höhe von 45 Milliarden Euro aufgelaufen. Allein hier müssen laut Daehre-Kommission im Lauf der nächsten 15 Jahre jährlich 7,2 Milliarden Euro investiert werden.

Die IG BAU fordert Bund und Länder zudem auf, endlich mehr bezahlbaren Wohnraum und mehr Sozialwohnungen zu schaffen. Besonders in Ballungsräumen können sich selbst Normalverdiener bei Quadratmeterpreisen weit jenseits der 10-Euro-Marke kaum mehr eine Wohnung leisten. Insgesamt fehlen mindestens 800 000 Wohnungen. Um den Mangel zu beheben, müssen 400 000 Einheiten pro Jahr gebaut werden. Mindestens 100 000 davon müssen dauerhaft bezahlbar sein. Gleichzeitig müssen Bund und Länder mit einem Sofortprogramm für Sozialwohnungen einer drohenden Wohnungsnot der Ärmsten entgegenwirken. Und der Bedarf steigt weiter. „Sparen um des Sparens Willen ist ein Irrweg. Er geht zulasten derer, die ohnehin wenig haben. Das spaltet unsere Gesellschaft – und dem muss entschieden entgegengewirkt werden“, sagte Feiger.

Lokalkompass